

Konrad Adam

## Merkels schönes neues Deutschland

Als ich gefragt wurde, was ich zum Thema des heutigen Abends machen wolle, brauchte ich nicht lang zu überlegen, um zu sagen: die Freiheit, genauer: die Meinungsfreiheit. Denn die hat es schwer in Deutschland, sie muss verteidigt werden. In Köln, ausgerechnet in Köln, wo die Multi-Kulti-Gesellschaft zu ersten Mal ihr wahres, also hässliches Gesicht gezeigt hat, haben sich Altparteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände dazu verpflichtet, für den Verlust an Freiheit und Sicherheit alles Mögliche, nur nicht die Flüchtlinge verantwortlich zu machen. Was nach den Anschlägen von Nizza und Manchester, von Paris, Berlin und Barcelona als öffentliche Verabredung zur Lüge bezeichnet werden muss. Denn waren es nicht Flüchtlinge, die dort im Name Allahs gebombt und gemordet hatten? Wir alle wissen, dass es so gewesen ist; aber keiner darf das sagen. Die Wahrheit soll versteckt und durch die Lüge ersetzt werden.

Neu ist das nicht. Gewieften Politikern ist die Lüge schon immer lieber gewesen als die Wahrheit. Der kluge Herrscher, schrieb der Florentiner Staatsmann Machiavelli vor 500 Jahren, kann und soll sein Wort nicht halten: **kann** nicht nur nicht, **soll** auch gar nicht! Hier zeigt sich die überragende Staatskunst Angela Merkels. Wenn sie die Dubliner Verträge bricht, sich über die Genfer Flüchtlingskonvention hinwegsetzt und das Grundgesetz mit Füßen tritt, tut sie genau das, was Machiavelli empfohlen hat. Gelesen hat sie ihn wahrscheinlich nie, aber das muss sie auch nicht. Sie urteilt ja auch sonst über Bücher, die sie nicht kennt.

Ich bin oft gefragt worden, was mich dazu bewogen hat, zusammen mit ein paar anderen die Wahlalternative 2013 zu gründen, aus der dann kurz danach die AfD hervorgegangen ist. Die Antwort fällt mir nicht schwer: ich war beunruhigt über den abenteuerlichen Stil, in dem die Zustimmung zur ersten Tranche der Griechenlandhilfe den

Parlamenten abgepresst worden war. Ich hatte Angst vor einer Politik, die den Vertragsbruch zur Regel machen würde. Und war empört über die zynischen Worte, mit denen dies Bubenstück verteidigt worden ist.

Christine Lagarde, damals französische Finanzministerin, inzwischen Chefin des Internationalen Währungsfonds, erklärte wörtlich: Wir haben die Verträge gebrochen, um den Euro zu retten. Was nicht nur mich schon damals fragen ließ, ob es umgekehrt nicht besser gewesen wäre: eine missratene Währungsunion aufzugeben, um die Verträge zu retten. Seither frage ich mich das immer wieder, Sie ja vielleicht auch.

Denn so viel sollte jedem von uns klar geworden sein: Wenn Vertrag und Verfassung, Recht und Gesetz nicht mehr gelten, ist alles möglich. Und das kann niemand wollen, zumindest keiner von uns. Dass unsere Befürchtungen nicht unbegründet waren, haben der hemdsärmelige Stil, in dem die Maastricht-Kriterien verschrottet worden sind, und die dummen Sprüche, die den Vertragsbruch begleitet haben, hinreichend bewiesen. Die Politik der Lüge, der Rechtlosigkeit und der Erpressung feierte vor vier Jahren ihre ersten Triumphe; seither ist sie Routine geworden. Und Angela Merkel ihre Meisterin.

Sie erkennen das an der Sprache. Seit diese Frau Ernst macht mit ihrer Drohung, das Land bis zur Unkenntlichkeit zu verändern, haben die Worte ihren vertrauten Sinn verloren. Sie mutet uns zu, Gauner als Flüchtlinge zu bezeichnen, Gewalttäter als Aktivisten, Schlepper als Menschenfreunde, Heiko Maas als Justizminister und Kardinal Marx als Seelsorger – lauter verbale Falschmünzereien. Gewiss hat es die Wahrheit, wo sie mit der Politik in Berührung kam, noch niemals leicht gehabt. So schwer wie heute aber auch noch nie. Sie wird verbogen und verschwiegen, verstümmelt oder versteckt, so lange, bis wir dazu bereit sind, am Ende doch noch CDU zu wählen.

Das Mittel dazu ist die Sprache. Was man nicht sagen kann, kann man ja streng genommen auch nicht denken. Die Grenzen meiner Sprache, hat ein kluger Mann einmal gesagt, sind die Grenzen meiner Welt. Das weiß die Sprachpolizei natürlich auch und zieht deshalb die Grenzen immer enger - so eng, bis wir das, was wir sagen **wollen**, gar

nicht mehr sagen **können**. Einer Zensur bedarf es dann nicht mehr; der Eingriff, das Verbot, die Strafe werden überflüssig, weil die Zuwiderhandlung nicht mehr möglich ist. Denn wo das Wort fehlt, fehlt auch der Gedanke. In der politisch korrekt verlogenen Sprachwelt läuft nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern auch die Gedankenfreiheit leer.

In Deutschland wird seit jeher gern gelogen; seitdem die Zukunft unseres Landes auf dem Spiel steht, besonders kräftig, gern und oft. Die erste große Lüge kam von rechts, wo man dem Augenschein zuwider behauptete, Deutschland sei **kein** Einwanderungsland. Die zweite kam aus der gesellschaftlichen Mitte, aus Unternehmer- und Gewerkschaftskreisen, die Einwanderer nicht Einwanderer, sondern Gastarbeiter nannten. Die dritte kam von links. Rote und Grüne hatten sich in den Kopf gesetzt, das Asyl zum Dreh- und Angelpunkt der Menschenrechte zu machen; und hatten damit leider auch Erfolg. Zusammengenommen haben diese drei Lügen, die eine von rechts, die andere von links, die dritte aus der Mitte, Deutschland ruiniert.

Die Mängel des deutschen Asylrechts sind seit langem bekannt, sind aber nie behoben worden. „Wer als Scheinasylant nicht wenigstens fünf Jahre in der Bundesrepublik bleibt, ist entweder ein Dummkopf oder anwaltlich unberaten“ liest man in einer kleinen Schrift, die vor einer Generation, im Jahre 1981, erschienen ist. Geschehen ist seither nichts; denn der Petersberger Kompromiss, auf den sich die Parteien zehn Jahre später verständigt haben, hat das Asylrecht zwar komplizierter, aber nicht gerechter gemacht. Da es in Deutschland nach wie vor an einer gesetzlichen Grundlage für die Einwanderung fehlt, nehmen Migranten den Umweg über das Asyl. Wer das Wort „Asylum“ über die Lippen bringt - und wer könnte das nicht? - ist drin. Und darf, wenn er einen guten Anwalt hat, so lange bleiben, wie er will.

Tatsächlich ist das Asylrecht zum Einfallstor für die Masseneinwanderung von Leuten geworden, die gar nicht daran denken, von ihren Vorstellungen und Gewohnheiten abzugehen, um sich hier einzufügen oder anzupassen. Warum sollten sie auch - in

einem Land, das sich nicht oft und laut genug vor aller Welt bloßstellen, anklagen und verachten kann? Ein solches Land wäre zu Integration und Adaption selbst dann nicht in der Lage, wenn es sie ernsthaft **wollte**; aber es will ja gar nicht. Was man Willkommenskultur genannt hat, ist doch nur ein anderes Wort für die Abneigung gegen das Eigene. Eine Integrationsbeauftragte, die öffentlich behauptet, so etwas wie eine deutsche Kultur gebe es gar nicht, ist die Verkörperung für diese Art von Desintegrationspolitik.

Wenn die kulturellen Unverträglichkeiten allzu klar hervortreten und den gesellschaftlichen Frieden in Gefahr bringen, dann ist in Deutschland ein Gericht nicht weit, das Messerstechereien, Vergewaltigungen und ähnliche Delikte, weil kulturell bedingt, mit Nachsicht ahndet. Um dem Verdacht der Ausländerfeindlichkeit zu entkommen, begrüßt der Willkommenskulturelle alles, was ungewohnt ist, irgendwie fremd aussieht und möglichst bunt daherkommt. Intoleranz, Gewaltsamkeit und Polygamie werden nicht nur geduldet, sondern als Ausdruck einer fremden Kultur beklatscht. Lenin hatte sich über die Kapitalisten amüsiert, die noch den Strick verkaufen, an dem sie aufgehängt werden. Wir sind da weiter, wir subventionieren den Strick auch noch,

Einwände und Vorbehalte gegen die Bereitschaft, sich den Ansprüchen einer zurückgebliebenen, fremden und primitiven Kultur zu unterwerfen, begegnen dem Hinweis auf die grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit. „Staaten und Regierungen haben sich um den Inhalt einer Religion nicht zu kümmern“, verlangt ein Vorkämpfer der Multikulturellen, und setzt hinzu: „Der Staat darf nicht gebieten, was religiös verboten, und nicht verbieten, was religiös geboten ist“. - Auch dann nicht, wenn diese Religion den Glaubenswechsel mit dem Tode bedroht? - Auch dann nicht, wenn sie das Abschlachten von Ungläubigen zur religiösen Pflicht erhebt? - Auch dann nicht, wenn Juden und Christen als Ungläubige gebrandmarkt werden, denen die Haut bei lebendigem Leib von den Knochen gezogen werden soll? Und selbst dann nicht, wenn uns strenggläubige Islamisten mit ihren blutigen Anschlägen in Nizza und Manchester, in Barcelona und Berlin

alle paar Tage daran erinnern, dass sie diese barbarischen Gebote wörtlich nehmen?

Ja, meinen die Vorkämpfer einer falsch verstandenen Toleranz, auch dann. Sie wollen nicht wahrhaben, dass man alles tolerieren kann, nur nicht die Intoleranz – es sei denn um den Preis des Untergangs. Die heilig genannten Schriften des Islam kennen keine Toleranz und keinen Minderheiten-Schutz, jedenfalls keinen auf der Basis gleicher Rechte. Was sie kennen und praktizieren, sind Gnadenakte; auf mehr haben die Ungläubigen keinen Anspruch. Der Islam weiß nichts von allgemeinen Menschenrechten; wer diese Rechte hoch- und den Islam auf Abstand hält, erweist sich nicht als islamophob, sondern als guter Europäer. „Wir werden den Rechtsstaat achten“, hat der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland erklärt, „so lange wir in der Minderheit sind“. Und dann? Wollen wir wirklich so lange warten, bis die Muslime die Mehrheit nicht nur in Schulen, nicht nur in ganzen Straßenzügen, sondern überall im Land erobert haben?

Wir sollten allerdings nicht vorschnell urteilen oder verurteilen. Denn in einem Land, das sich beeilt, jedem, und sei er auch noch so abgerissen und verkommen, mit Tee und warmen Decken beizustehen, verhalten sich die Fremden, die nehmen, was sie kriegen, doch nur vernünftig. Eine Regierung, die für ihre Leistung keine Gegenleistung erwartet; die ihre Gästen mit freier Wohnung, freier Fahrt und freier Verpflegung verwöhnt und sie selbst dann nicht außer Landes schafft, wenn sie mit Messern und Macheten zugestochen haben, verdient es gar nicht anders. Sie stiftet zum Missbrauch, zur Trittbrettfahrerei und zum Schmarotzertum doch förmlich an. Sie ist schuldig, zumindest mitschuldig an dem absurden Zustand, und sollte so schnell wie möglich abgewählt werden.

So etwas zu verlangen, gilt allerdings als Zeichen für die Neigung zum Bösen, zu Nationalismus, Extremismus, Chauvinismus, Populismus, Rassismus und so weiter. Ernst zu nehmen sind diese hochgestochenen Begriffe längst nicht mehr, da sie nichts anderes zum Ausdruck bringen als die schlichte Formel: Ich mag dich nicht! Nimmt man sie trotzdem einmal ernst und fragt danach, was den

Rassisten denn nun ausmacht, wird man sehr schnell auf kollektive Unterschiede kommen: Unterschiede **nicht** zwischen Dir und Mir, nicht zwischen Groß und Klein, nicht zwischen Mann und Frau, sondern zwischen ganzen Völkern und Kulturen, zwischen Chinesen und Amerikanern, Eskimos und Hottentotten und was dergleichen Völkerschaften mehr sind.

Diese Unterschiede sind zu offensichtlich, um übersehen oder geleugnet zu werden; sie werden ja auch nicht geleugnet, sondern für unerheblich, äußerlich, bedeutungslos erklärt. Der wahre Rassist macht da nicht mit. Er sieht nicht ein, warum er das, was er vor Augen hat, bestreiten solle, Er redet über das, was offensichtlich ist, und geht sogar noch einen entscheidenden Schritt weiter. Er stellt die Unterschiede nicht bloß fest, sondern bewertet sie. Das eine Volk, die eine Kultur, den einen Glauben hält er für wertvoller als den anderen: erst das, die Rangfolge, die er unter den Rassen herstellt, lässt ihn zu jenem Gottseibeius werden, als den ihn alle Welt an die Wand malt.

Nun muss ich eine Pause machen, denn ich stehe vor einem folgenschweren Bekenntnis: Wahrscheinlich bin ich so ein Gottseibeius. Denn ich betrachte den Islam in seiner heutigen Gestalt nicht nur als eine andere, sondern als eine zurückgebliebene, eine minderwertige, eine bedauernswerte Kultur. Ich kann und will eine Religion, die das Zeugnis des Mannes dem von zwei Frauen gleichsetzt; die es dem Mann erlaubt, vier Frauen, der Frau aber nicht, vier Männer zu haben; die Andersgläubige verachtet, die Ungläubige verfolgt und die den Glaubenswechsel mit dem Tode bestraft – ich kann und will eine solche Religion nicht als gleichwertig anerkennen.

Diejenigen, die vorgeben, das zu tun, tun das in Wahrheit ja auch gar nicht. Sie sind nicht tolerant, sondern nur gleichgültig und gedankenlos. Denn im Ernst wollen auch sie mit dem, was der Islam vorschreibt und verlangt, nichts zu tun haben. Was an der anderen Kultur tatsächlich anders ist - die Folter, das Auspeitschen, das Handabhacken, die Todesstrafe und was dergleichen kulturelle Errungenschaften mehr sind - ist etwas für die anderen, die Primitiven, die Einwohner von Eritrea, Pakistan oder Burkina Faso; jedenfalls

nichts für sie. Sollen die anderen leben wie sie wollen – wir bleiben unter uns und überlassen es den anderen, ihr Leben unter den Gesetzen Allahs hinzubringen. Die Großzügigkeit der Multikulturellen kommt schnell an ihre Grenzen, wenn es sie selbst betrifft.

Ein Beispiel dafür ist Frau Käßmann, die als Botschafterin der Evangelischen Kirche im Reformationsjahr um die Welt fliegt. Sie rät uns dazu, den Gotteskrieger des Islam mit Liebe und Gebet zu begegnen – eine Empfehlung, die sie nur deshalb wiederholen kann, weil sie es selbst noch nie damit versucht hat; denn aller Wahrscheinlichkeit nach hätte sie den Versuch nicht überlebt. Sie predigt Opfer, bringt sie aber nicht: das überlässt sie anderen. Sie hätte mir imponiert, wenn sie den Gottesdienst nicht immer nur in schönen deutschen Kirchen gefeiert hätte, sondern auch mal auf einem der wackeligen Schlauchboote, auf denen sich die armen Teufel, die sie zur Flucht nach Deutschland einlädt, aufs Meere begeben. Aber das tut sie nicht, das überlässt sie den anderen.

Beispiele zu geben und Opfer zu bringen, das imponiert. Deshalb steht Albert Schweizer als Muster für Hilfsbereitschaft, Mut und Menschenliebe immer noch hoch in Ansehen. Statt die Schwarzen nach Europa zu locken und andere für ihre Versorgung aufkommen zu lassen, ist er selbst nach Afrika gegangen, hat selbst geholfen. Das ist gewiss nicht jedermanns Sache, meine auch nicht. Vom Pharisäertum der Kirchenführer, die anderen zumuten, wovon sie selbst aus gutem Grund die Finger lassen, halte ich aber auch nichts. Unsere Kirchenfürsten halten es mit ihren Amtsvorgängern, von denen Heinrich Heines schrieb, er kenne den Text und kenne die Verfasser, sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser.

Den Euro-Islam, von dem diese Gottesleute schwärmen, gibt es doch gar nicht, wird es vielleicht auch niemals geben. Zumindest dann nicht, wenn beide Seiten, Christen **und** Muslime, an dem festhalten, was ihnen hoch und heilig ist: die Europäer an Demokratie und Menschenrechten, der Islam an Offenbarung und Theokratie. Der geborene Syrer Bassam Tibi, der den Euro-Islam seinerzeit erfunden

hatte, hat ihn denn auch längst schon wieder begraben. Weil sich, wie zu wiederholen er nicht müde wird, Islam und Demokratie nicht miteinander vertragen. Da er selbst Moslem ist, weiß Bassam Tibi, wovon er spricht.

Seine Widersacher wissen das offenbar nicht, denn sonst würden sie sich vorsichtiger im Umgang mit einer Kultur verhalten, die Lüge, Täuschung und Verrat gegenüber Ungläubigen ausdrücklich erlaubt. Nichts hat das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten so nachhaltig vergiftet wie der jesuitische Lehrsatz, dass man den Evangelischen gegenüber sein Wort nicht halten müsse. Diese Perfidie hat Absprachen und Verträge unmöglich gemacht und ganz entscheidend dazu beigetragen, die Glaubenskriege so lange fortzuführen, bis Deutschland, Hauptschauplatz des dreißigjährigen Krieges, in Trümmern lag und die Hälfte seiner Einwohner verloren hatte. Soll das noch einmal geschehen? Soll sich der Krieg der Religionen wiederholen, diesmal als Kampf zwischen Kreuz und Halbmond?

Panikmache, rufen uns die Angestellten der Flüchtlingsindustrie entgegen – Feigheit, wäre meine Antwort.

Ich halte nämlich daran fest, dass die widerwärtigen Exzesse, mit denen uns die Nafris, die nordafrikanischen Intensivtäter, auf der Kölner Domplatte kulturell bereichert haben, die höchst natürliche Folge einer Politik waren, die Massen von kräftigen und offenbar gesunden jungen Männern ins Land befördert hat. Und dass es alles andere als Zufall ist, wenn diese Leute sich gegen Frauen genauso verhalten, wie der Koran ihnen das vorschreibt. Wenn wir die fremden Sitten und Gebräuche als eine Gefahr für Freiheit und Sicherheit betrachten und von Ausländerkriminalität sprechen, dann haben wir nicht nur den Augenschein, sondern auch die Logik auf unserer Seite. Die Statistik übrigens auch.

Dazu muss man die Statistik freilich lesen können und wollen; viele können das aber nicht, manche wollen es auch gar nicht. Über Herkunft und Religion eines Straftäters soll nur dann berichtet werden, wenn das zum Verständnis der Sache erforderlich oder



dienlich ist. Und weil die Erwähnung von Herkunft und Hautfarbe, Rasse und Religion immer dann, wenn eine Horde junger Afrikanern eine Frau belästigt, vergewaltigt oder abgestochen hat, offenbar nichts zum Verständnis des Falles beiträgt, werden Herkunft und Religion konsequent verschwiegen. Wer die Kriminalstatistik zur Hand nehme, schrieb eine große Zeitung neulich, könne sich in seinen Vorurteilen gegenüber Ausländern bestätigt fühlen. Sie sehen: Vorurteile bleiben Vorurteile, auch wenn sie statistisch erhärtet worden sind.

So geht es einem Volk, das auf den sonderbaren Einfall kam, etwas so individuelles wie die Schuld für vererblich zu halten. Und das von dieser kollektiven Erbschuld dann nicht mehr genug bekommen kann. Der Schuld- und Sühnestolz ist zur Ersatzreligion der Deutschen geworden. Das Glaubensbekenntnis des geläuterten Deutschen ist kurz und lautet: Alle Deutschen sind Täter, alle anderen Opfer. Und zwar auch dann, wenn sie, wie in Paris, in London oder in Berlin, gut sichtbar als Täter hervorgetreten sind. Nicht-deutsche Täter sind nämlich keine Täter, sondern Opfer, Opfer der Verhältnisse, der Gesellschaft, der Geschichte, des Systems und so weiter. Sie müssen an die Hand genommen, betreut, therapiert und entschädigt werden. Das kostet, zehn oder zwanzig oder dreißig Milliarden Euro im Jahr, vielleicht auch mehr, genaueres weiß niemand.

Und wer bezahlt den Spaß? Deutschland, heißt es. Denn Deutschland, erklären uns unsere Vormünder, sei ein reiches Land, das von seinem Reichtum abgeben könne und solle.

Von all den verlogenen Parolen, die uns in den Ohren dröhnen, ist das die verlogenste. Es zahlt doch nicht das Land, es zahlen seine Bürger. Und auch nicht alle Bürger, sondern nur diejenigen, die sich der harten Hand des Fiskus nicht entziehen können; die kleinen und nicht ganz so großen Leute also. **Sie** bringen die Masse der Abgaben und der Steuern auf, ohne die der Finanzminister und die Sozialministerin längst am Ende wären. Die wahrhaft Reichen kennen die Schlupflöcher, die der Finanzminister für sie aufgerissen hat, und wissen sie zu nutzen. Die Luxemburger Steuersparmodelle, die Jean-Claude Juncker für sie eingerichtet hat, kennen sie natürlich auch und

wissen sie ebenfalls zu nutzen. Europa verfährt ja schon seit langem nach dem schäbigen Grundsatz, die Steuern nicht von denen zu erheben, die sie am besten zahlen können, sondern von denjenigen, die sich am schlechtesten dagegen wehren können.

Nicht die großen, sondern die kleinen Leute sind es, die für die Flüchtlingshilfe zahlen; und auch das nicht etwa, weil sie das wollten, sondern weil sie nicht anders können. Humanitär ist an dieser Zwangsveranstaltung wenig oder nichts. Wir nehmen die Jungen und Kräftigen bei uns auf und lassen die wahrhaft Bedürftigen, die Alten und die Schwachen in ihrem Elend zurück. Die Kirchen machen es wie der ungarisch-amerikanische Großspekulant George Soros, der sich als Wohltäter der Menschheit aufspielt, wenn er von seinen –zig Milliarden ein paar Millionen abzweigt, um fremden Staaten seinen Willen aufzuzwingen.

Vor Jahren hatte dieser Mann mit seinem legendären Angriff auf das britische Pfund über Nacht einen Gewinn von zwei Milliarden Dollar eingestrichen. Auf die Frage, wer das viele Geld denn nun aufgebracht hätte, antwortete Soros in einem Anfall von Ehrlichkeit: letztlich der englische Steuerzahler, lauter kleine Leute also. Dass so ein Mann für die europäische Gemeinschafts-Anleihe, die berühmten Euro-Bonds wirbt, kann ich verstehen. Denn diese Konstruktion würde ihm erlauben, die kleinen Leute nicht nur in England, sondern in ganz Europa auszuplündern. Warum aber auch die SPD, die sich so gern zur Anwältin der Mühseligen und Beladenen aufwirft, die Euro-Bonds propagiert, kann ich Ihnen nicht sagen.

Oder vielleicht doch: Weil die SPD die Seiten gewechselt hat. Sie ist nicht mehr mit Uns, sie ist mit Denen, den Reichen, deren Geschäftsmodell in der Kunst besteht, den anderen das, was sie haben, einfach abzunehmen. Natürlich bleiben die Einkünfte von Bernd Osterloh, dem Betriebsratsvorsitzenden von VW, weit hinter den 18 Millionen zurück, die Martin Winterkorn, sein Chef, in seinen besten Jahren einstrich. Aber warum verteidigt Osterloh diese horrende Zahl mit der grotesken Bemerkung, Winterkorn sei jeden einzelnen Cent seiner aberwitzigen Bezüge wert? Das ist nicht schwer zu erraten:

Weil er hoffen durfte, für so viel Liebedienerei belohnt zu werden. Diese Hoffnung hat sich ja auch erfüllt, denn als Betriebsratschef und Mitglied des Aufsichtsrates dürfte der Gewerkschafter Bernd Osterloh längst schon zu den Besserverdienenden gehören.

Es sind diese groß gewordenen kleinen Leute, Männer wie Peer Steinbrück, Gerhard Schröder oder Martin Schulz, die den Kredit der SPD aufgezehrt haben. Nehmen Sie, wen Sie wollen aus der Führungsriege dieser ehemaligen Arbeiterpartei: alle handeln nach dem Rezept, das der französische Bürgerkönig seiner Gefolgschaft anempfohlen hatte: Bereichert euch! Das muss man keinem zweimal sagen, einem Martin Schulz schon gar nicht. Als Parlamentspräsident hat er zugelangt, und wie! „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten!“ skandierte die enttäuschte Linke am Ende der Weimar Republik. Der Slogan kam 100 Jahre zu früh, heute wäre er besser am Platz als damals.

Denn heute gehören auch die Führungsfiguren der SPD zur globalen Klasse. Sie heißt so, weil sie eben nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, sondern weltweit den Ton angibt. Ihre Mitglieder treffen sich in Hamburg, Hongkong oder Hawaii, also dort, wo es schön und teuer ist; einmal im Jahre feiern sie ihr Hochamt im winterlichen Davos. Dort wird Bilanz gezogen und überlegt, was zur Vollendung der marktkonformen Demokratie noch fehlt. Gemeint ist eine Staatsform, in der Politik dazu dient, wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Lothar Späth, der sich lieber als Vorstandsvorsitzender der Baden-Württemberg-AG denn als Ministerpräsident eines Bundeslandes ansprechen ließ, verkörperte diesen Typ in Deutschland als einer der ersten. Inzwischen herrscht er weltweit.

Mit den hergebrachten Institutionen der Demokratie weiß diese Klasse nicht viel anzufangen. Sie will die Macht nicht teilen, sondern in der Hand weniger, demokratisch schwach oder gar nicht legitimierter Einrichtungen konzentrieren; deswegen ihre Vorliebe für Großbürokratien wie die Europäische Kommission, für Expertengremien wie die Europäische Zentralbank oder für letzte Instanzen wie den Europäischen Gerichtshof. Alle diese Einrichtungen

haben ihr Mandat von oben, nicht von unten: ein Umstand, der den Machthabern das Durchregieren leichter macht.

Denn Durchregieren, ein Begriff aus dem Wortschatz Angela Merkels, wollen sie doch alle. Und dazu können sie die Demokratie mit ihren langen Wegen, ihren umständlichen Prozeduren und ihren unkalkulierbaren Wahlen nicht gebrauchen. Martin Schulz lag gar nicht falsch, als er Frau Merkel ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie nachsagte; er hätte sich nur selbst gleich anschließen sollen. Denn als Berufseuropäer weiß er mit einem demokratischen, bürgernahen und bürgerfreundlichen Europa genauso wenig anzufangen wie Angela Merkel.

Beide stehen für eine Europäische Union, die auf die Vorbehalte, die Wünsche und Befürchtungen ihrer Einwohner keine Rücksicht nimmt. Dreimal sind die Bürger Europas nach ihre Meinung über den immer engeren Zusammenschluss befragt worden, in Frankreich, Irland und den Niederlanden. Dreimal haben sie laut und vernehmlich „Nein“ gesagt. Und dreimal haben die Machthaber in Brüssel weitergemacht, als wäre nichts gewesen.

Sie verkörpern ein Europa, das jede Erinnerung an seine kulturellen Wurzeln verloren hat und sich mit der Ausübung von Macht, blanker, reiner, nackter Macht zufrieden gibt. Wer sich ihrem Anspruch nicht fügt, wer auf Autonomie oder Souveränität besteht, bekommt die harte Hand des neuen Oberherren zu spüren; so Dänemark, so Österreich, so jetzt die Staaten in Mittel- und Osteuropa. Sie hatten sich geweigert, Menschen aufzunehmen, die sie aus guten Gründen nicht bei sich sehen wollen, und werden dafür nun bestraft.

„Wozu noch wählen?“ fragte ein Grieche zurück, als er nach seinen Absichten befragt wurde. „Die, die das Sagen haben, kann ich nicht wählen. Und die, die ich wählen kann, haben nichts zu sagen.“ Das war nicht einmal übertrieben, denn wirklich herrscht in Griechenland ja nicht das Volk, sondern die Troika, ein Gremium, das sich aus Vertretern der EZB, des IWF und der Euro-Gruppe zusammensetzt. Seine Mitglieder sind ernannt, nicht gewählt worden, schon gar nicht von den bemitleidenswerten Bürgern dieses bedauernswerten Landes.

Und trotzdem hat die Troika eine Regierung aus dem Amt gejagt, ein Parlament entmachtet und Millionen von Bürgern faktisch das Wahlrecht entzogen: ein Schicksal, das auch uns blühen kann, wenn wir nicht aufpassen und denen in den Arm fallen, die Demokratie sagen und Despotie meinen.

Natürlich keine Despotie wie wir sie kennen. Keine Militär- oder Parteidiktatur, vielmehr eine moderne Despotie, mild, fürsorglich, vorausschauend und pünktlich. Kritik hält sie für überflüssig, Opposition für unnütz, Alternativen für entbehrlich. Den Widerspruch lässt sie ins Leere laufen, und statt die Bürger zu drangsalieren, werden sie vorsorglich entmündigt. Ein Mann, der das voraussah, der Franzose Alexis de Tocqueville, hat diesen Zustand eindrucksvoll beschrieben. Sollte sich ein demokratischer Staat, schrieb er vor mehr als hundertfünfzig Jahren, in eine Despotie verwandeln, so würde sie andere Merkmale aufweisen als die Herrschaft der Kaiser und der Könige: „Sie wäre ausgedehnter und milder und würde die Menschen entwürdigen, ohne sie zu quälen“. Eine Despotie im Stile Merkels also, nicht in dem von Erdogan; eine Despotie aber eben doch.

Die marktkonforme Demokratie, von der Frau Merkel träumt, degradiert den Bürgern zum Kunden. Sie macht die Menschen abhängig, denn Abhängige sind leichter zu regieren als selbstbewusste Bürger. Auf diesem Weg ist sie auch gut vorangekommen. Nehmen Sie zu den rund 20 Millionen Rentnern und den mehr als einer Million Staatspensionären die zweieinhalb Millionen Arbeitslosen, die acht Millionen Behinderten und einen Gutteil der Studenten hinzu, dann kommen Sie auf rund 35 Millionen Leistungsbezieher aus öffentlichen Kassen: mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Bürger. Als Anspruchsberechtigte kann sie der Staat am goldenen Zügel führen; und tut das auch.

Das Ergebnis dieser Gängelei ist der staatlich privilegierte Schnorrer. Einer von ihnen schildert sein Welt- und Selbstverständnis so: In den Genuss staatlicher Transferzahlungen komme man ganz unabhängig von Leistung, Einsatz und Verpflichtung gegen andere. Die Garantie, im Notfall „ohne Ansehen der Person, ohne Rücksicht auf moralische

oder charakterliche Defizite“ ein Mindestmaß an Unterstützung zu erhalten, stelle eine der großen Errungenschaften der Moderne dar und sei eine Hauptvoraussetzung für die persönliche Emanzipation. Ohne sich selbst zu verpflichten, könne man sich auf die Verpflichtung anderer verlassen.

Man kann das alles auch kürzer und ehrlicher formulieren. Dann heißt es: Wir stellen Ansprüche ohne Grundlage, wollen Rechte ohne Pflichten, verlangen Leistung ohne Gegenleistung; darauf läuft es doch allemal hinaus. Mit Anspruchsberechtigten dieser Art ist allerdings kein Staat zu machen; und Staat, Gemeinschaft oder Gesellschaft sind ja auch gar nicht mehr gewollt. Was früher Staat war, schrumpft zu einer Ansammlung von Leuten: den einen, die schon etwas länger da sind, und den anderen, die noch nicht so lange da sind, wie Frau Merkel uns das erklärt hat.

Sie will nicht nur regieren, sondern durchregieren, und dazu kann sie selbstbewusste Bürger nicht gebrauchen. Abhängige, Einsame und Schwache sind ihr lieber, die lassen sich gängeln. Deswegen macht sie den Alleinstehenden, Alleinlebenden, Alleinerziehenden schöne Augen und sichert ihnen jede Art von Unterstützung zu. Vereinzelung ist eine Lebensform, die in der Despotie gefördert wird, weil sie den Regierenden das Regieren leichter macht. Wenn der Bürger gleichermaßen vereinzelt, arm und machtlos der geballten Kraft der Regierung gegenübersteht – was kann, was soll er dann noch machen?

Von Periander, einem der sieben Weltweisen, die bei den Griechen in hohem Ansehen standen, wird berichtet, dass er von einem Tyrannen um ein Rezept zur dauerhaften Sicherung der Macht gebeten worden sei. Statt eine Antwort zu geben, soll Periander durch die Felder gegangen sein und alle herausragenden Ähren abgeschlagen haben. Die Botschaft war nicht schwer zu deuten: Gleichheit ist eines der wirksamsten Mittel zur Befestigung der Macht. Denn Gleichheit führt die Menschen eben **nicht** zusammen; Gleichheit trennt.

Wo Gleichheit herrscht, ist niemand dazu verpflichtet, seinem Nachbarn zu helfen. Keiner darf mit dem Beistand des Anderen rechnen, da jeder auf sich selbst gestellt und deshalb schwach ist. Er

hat alle möglichen Instanzen über sich, aber keine leibhaftigen, konkreten Menschen neben sich. Eine Zentralgewalt, die ihren natürlichen Instinkten folgt, wird deshalb alles begünstigen, was der Gleichheit dient. Denn Gleichheit stärkt die Regierungsmacht, erweitert und befestigt sie.

Verstehen Sie jetzt, warum die Machthaber in Brüssel und Berlin das Land mit einem Netz von Gleichstellungsagenturen und Gleichstellungsbeauftragten überziehen? Warum sie immer wieder neue Minderheiten entdecken, die anzuerkennen und gleichzustellen, zu begünstigen und zu entschädigen sind? Warum sie der Familie, der ursprünglichsten und natürlichsten von allen subsidiären Gemeinschaften, den besonderen Schutz, den ihr das Grundgesetz doch zugesichert hatte, dadurch entziehen, dass sie ihn auf alle möglichen Verbindung übertragen?

Gleichstellung ist zur Ausrede, zum Deckwort für eine Politik geworden, die darauf aus ist, die Menschen durch Vereinzelung abhängig zu machen. Der UMA, der unbegleitete minderjährige Ausländer, ein Fremder ohne Eltern und Geschwister, ohne Kinder, Freunde und Verwandte, ist ihr geheimer Favorit. Denn der UMA, der nichts hat, aber alles erwartet, kommt dem Ideal des abhängigen Menschen am nächsten.

Natürlich soll der Fremde bleiben; er soll auch fremd bleiben. Integration wird gefordert, aber nicht gewünscht, weil ein bunter, inhomogener, multikultureller Haufen leichter zu regieren ist als ein Volk, das sich seiner gemeinsamen Wurzeln bewusst ist und an seine Zukunft glaubt. Deswegen wird das Volk durch die Bevölkerung, der Bürger durch den Kunden, Patriotismus durch Verfassungs-Patriotismus ersetzt - und die Verfassung dann beiseitegeschoben. Frau Merkel hat das mehrfach getan, zuletzt durch die Öffnung der Ehe für alle. Wenn es den Souverän, den Bürger und das Volk nicht länger gibt, wozu dann noch Verfassung? „Integration für alle“ fordern die Grünen, was so viel heißt wie: Alle sind fremd, die Deutschen auch. Sie haben hier nicht mehr zu sagen als jeder UMA.

Alles in einen Topf: Das ist der Sinn von offenen Grenzen, der Zweck von Merkels Flüchtlingspolitik, die Finalität Europas. Wir müssen, hat Daniel Cohn-Bendit von den Grünen erklärt, wir müssen dafür sorgen, dass möglichst viele Ausländer nach Deutschland kommen. Wenn sie da sind, müssen wir ihnen das Wahlrecht verschaffen; dann kriegen wir die Mehrheiten, die wir brauchen, um das Land zu verändern. Das war zumindest ehrlich. Die Grünen wollen sich die Mehrheiten, die sie in diesem Land nicht haben (und hoffentlich auch niemals haben werden), zusammenkaufen. Und nicht nur sie wollen das, die anderen Parteien wollen das auch.

Damit sind wir beim Kern der Sache. Wenn irgendetwas, ist die Absicht, das Wahlvolk im Wege von Einwanderung auszutauschen, ein Anschlag auf die Demokratie, diesmal nicht von rechts, sondern von links. Denn das demokratische Recht ist das Recht aller Bürger, ihr Land zu verlassen. Es ist nicht das Recht aller Menschen dieser Welt, in dieses oder jenes Land einzureisen und sich dort dauerhaft niederzulassen. Eine Demokratie, die sich dazu herbeiließe, jeden, der das wünscht, bei sich aufzunehmen, würde diese Regelung nicht überleben – sagt kein Rechter aus Deutschland, sondern ein linker Franzose, der jüngst verstorbene André Glucksmann.

Glucksmann macht klar, um was es geht. Es geht ums Ganze, um das Überleben der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Demokratie braucht Grenzen, denn in der Demokratie entscheidet die Mehrheit, und weil sich Mehrheiten nur innerhalb bestimmter Grenzen feststellen lassen, sind Grenzen für die Demokratie lebenswichtig. Nur wenn feststeht, wer dazu gehört, vor allem aber auch: wer nicht, lässt sich die Mehrheit ermitteln, lassen sich legitime Beschlüsse fassen und durchsetzen.

Demokratie ohne Grenzen, das Projekt einiger geschäftstüchtiger Utopisten, klingt nett, taugt aber wenig. Ralf Dahrendorf hatte Recht, als er vor ein paar Jahren sagte, dass es ein Beispiel für eine funktionierende Demokratie jenseits der nationalen Grenzen bisher nicht gebe. Es gibt sie immer noch nicht - und ganz gewiss nicht in Gestalt einer Expertenherrschaft, die sich die Macht, die sie ausübt,



einfach nimmt. Die Briten empfinden das als Fremdherrschaft, und weil sie unter der nicht leben wollen, werden sie die Union verlassen. Sie sind ein politisch erfahrenes Volk und haben von der Demokratie anspruchsvollere Vorstellungen als die Deutschen.

Demokratien sind Staaten, in denen die Mehrheit regiert. Aber stimmt das noch? Zählt noch die Mehrheit, soll sie noch zählen? Nicht mehr in allen Fällen, sagt die Linke. Als die hitzige Debatte über Atomkraft und Nachrüstung ihrem Höhepunkt zutrieb, hat die vereinigt Linke der Mehrheit das Recht abgesprochen, auch da zu entscheiden, wo es „ums Ganze“ geht, um letzte Dinge, um Zukunft, Leben, Frieden, Freiheit und so weiter. In solchen Fällen, hieß die These, stoße die Mehrheitsdemokratie an ihre Grenzen. Beschlüsse müssten korrigierbar sein, irreversible Entscheidungen wären unzulässig. Und weil die Nutzung der Atomkraft und das Aufstellen von Mittelstreckenraketen der Bauart Pershing II irreversible Folgen nach sich ziehe, wäre das verboten.

Sie wissen: Keine von diesen Voraussagen ist eingetroffen. Die Raketen sind längst verschrottet, die Kraftwerke werden zurückgebaut und abgewrackt. Was irreversibel aussah, war es offensichtlich nicht. Unwiderruflich sind dagegen die Folgen der Masseneinwanderung; und nicht nur irreversibel, sondern ständig sich selbst verstärkend, weil die Geburtenfreudigkeit der Fremden ihr relatives Gewicht mit mathematisch kalkulierbarer Sicherheit wachsen lässt. Wann sie und wo sie die Mehrheit stellen werden, ist eine Frage der Zeit.

Was danach auf die deutschen Minderheiten zukommt, können wir wissen oder ahnen; zumindest dann, wenn es Muslime sind, die danach das Sagen haben werden. Was dann bevorsteht, lassen die Zustände in Neukölln, die Ausschreitungen in Marxloh, die Übergriffe auf der Kölner Domplatte schon heute erkennen. Wer das nicht glauben will, möge sich den Koran besorgen und nachlesen, was ihm da zugemutet wird. Oder auf einen der Imame hören, die uns versichern: Wir werden den Rechtsstaat achten - so lange wir in der Minderheit sind.

Und dann?

Dann werden wir es mit Friedensrichtern zu tun bekommen, die ihre Weisheit nicht aus dem BGB schöpfen, sondern aus dem Koran oder der Scharia. Dann wird das Schächten Pflicht, dann wird der Ruf der Muezzin die Glocken übertönen, dann werden alle Frauen Kopftuch tragen müssen, und wer dagegen aufbegehrt, wird als Ungläubiger verstoßen, ausgeschlossen und bestraft. Die Mehrheit wird Schritt für Schritt erobert: zuerst kippen die Schulen, dann einzelne Häuser, dann ganze Straßenzüge, schließlich das Viertel, danach die Stadt und dann das ganze Land. Machen wir uns nichts vor: es ist später als wir denken, eher fünf Minuten **vor** als fünf Minuten nach Zwölf.

In seinem Roman „Unterwerfung“ hat der Franzose Michel Houellebecq den Prozess der schleichenden Kapitulation anschaulich und eindrucksvoll beschrieben. Der Witz des Buches besteht ja darin, dass es nicht die harte, sondern die weiche Version des Islam ist, der Frankreich schließlich unterliegt: einem Herz-Jesu-Islam, den die Europäer so lange dulden, bis es zu spät ist. Sie sind erleichtert über die Aussicht, dass ihnen nicht die Hälse abgeschnitten, sondern nur das Mark aus den Knochen gesogen wird. Lesen Sie den Roman, so lange sie ihn noch als Fiktion betrachten können und nicht als Wirklichkeit erdulden müssen!

Wer das nicht will, hat alles Recht der Welt, sich auf das Grundgesetz zu berufen, das ihn zum Widerstand gegen jeden berechtigt, der es unternimmt, die Verfassung anzutasten oder zu beseitigen. Das ist geschehen, mehrfach und immer wieder, geschieht ja auch noch. Verglichen mit dem, was sich Frau Merkel in dieser Richtung herausnimmt, war die Nachrüstung ein Kinderspiel. Was jetzt abläuft, hat andere Dimensionen, weshalb es an der Zeit ist, sich auf unsere bürgerliche Doppelrolle zu besinnen. Wir müssten beides zugleich sein, nicht Bürger **oder** Rebell, sondern Bürger **und** Rebell, hat Claus Arndt einmal gesagt, einer der klugen Männer, die es damals, vor einer Generation, in der SPD ja noch gab. Inzwischen sind sie ausgestorben, nicht nur in der SPD.

Heute ruft uns diese Partei - und nicht nur sie - dazu auf, beim Aufstand der Anständigen mitzumachen. Das tun wir gern, allerdings

auf der anderen Seite, nicht **mit** den Leuten, die von Anstand reden, aber nichts verstehen, sondern **gegen** sie. Wir müssen uns auf uns selbst verlassen, für uns selbst eintreten, Selbstbewusstsein beweisen, unserem Blick, unseren Erfahrungen und unserem Urteilsvermögen trauen, wenn wir dem Meinungsdruck von oben entkommen und so leben wollen, wie wir uns das vorstellen - wir, wie gesagt, nicht die. Wir glauben nämlich nicht an die Moral, das Wissen, die Weisheit und den Anstand der anderen, sondern nur noch an unsere eigene. Und an das Recht auf Widerstand.

